

## ***Krisenherd Sozialstaat***

*Einführungsvortrag zum Symposium „Denk- und Handlungsraum Aufklärung“*

*Von Hans-Jürgen Urban*

### **Einleitung**

Ich möchte mich zunächst für die Möglichkeit bedanken, einige Gedanken als Input zur Debatte vortragen zu können. Ich will das nicht in meiner offiziellen Funktion als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall tun. Ich werde Sie also nicht mit offizieller Gewerkschaftsprogrammatik beglücken - obwohl das sicherlich auch seinen Reiz hätte und Ihnen nun natürlich Attraktives entgeht!

Ich möchte –anknüpfend an Axel Honneth – an einen Teil des traditionellen Aufklärungsdiskurses erinnern, der sich nicht oder nur peripher auf Immanuel Kant bezieht und der meines Erachtens in der Diskussion zu kurz kommt. Ich meine die Traditionslinie, in der Rousseau, Marx und andere stehen. Die Ausblendung dieser Traditionslinie scheint mir dafür verantwortlich, dass sich die gegenwärtige Aufklärungsdebatte, wo sie überhaupt geführt wird, vor allem auf das Politische und auf Fragen der politischen Freiheit bezieht und andere Aspekte der gesellschaftlichen Existenz weitgehend ausgeblendet bleiben. Dies zu korrigieren scheint mir dringend geboten. Ich möchte daher über das reden, was in den Blick gerät, wenn die Marx-Rousseau-Linie aufgegriffen wird, nämlich das Wirtschaftliche und Soziale, also die Voraussetzungen individueller politischer Freiheit.

Ich möchte das in fünf Behauptungen tun, und diese Behauptungen werden in aufsteigender Nummerierung prägnanter und politiknäher - so hoffe ich wenigstens.

### **Es gibt kein zurück**

Die erste Behauptung lautet: Die vergleichsweise sozial befriedete Sozialstaatsgesellschaft der Nachkriegszeit ist endgültig Geschichte. Es sind Entwicklungstrends im Gange, und wohl auch nicht aufzuhalten, die eine Rückkehr zum traditionellen sozialdemokratisch-keynesianischen Wohlfahrtsmodell nicht erlauben werden. Und das hat Konsequenzen.

Zunächst ist festzughalten: Der traditionelle Sozialstaat wurde vielfach berechtigt kritisiert, er hatte seine Tücken. Er basierte auf einem Rollenverständnis, das Männer privilegierte und Frauen diskriminierte. Es ist zudem zu Recht moniert worden, dass er auf einem pathologischen ökonomischen Wachstumszwang beruhte, der an seine natürlichen Grenzen gestoßen ist. Ebenso berechtigt war die Kritik, dass er darauf verzichtete, Gesellschaft und Wirtschaft durchgreifend zu demokratisieren. Und es ist – in der Habermas'schen Tradition – auch zu Recht eingewandt worden, dass die Intension, mit den Instrumenten des Rechts und des Geldes emanzipierte Alltags-Lebensformen erzeugen zu wollen, nicht-intendierte Folgeprobleme in Form von Bürokratisierungs- und Ökonomisierungstendenzen erzeugte. Es besteht also wahrlich kein Grund, den sogenannten traditionellen Sozialstaat unkritisch und geschichtslos zum Maß aller Dinge zu verklären.

Und dennoch: Dieses vielfach defizitäre Modell hat mit Blick auf Umfang und Verlässlichkeit von materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit für einen großen Teil der Bevölkerung eine zivilisatorische Errungenschaft erster Ordnung verkörpert. Diese lieferte die materielle Basis dafür, dass viele der politisch-kulturellen Fortschritte im Bereich der Bildung und in der Kultur als Massenphänomene denkbar und umsetzbar wurden. Dabei bin

ich mir nicht ganz sicher, ob dieser Umstand in den allgemeinen Debatten hinreichend mitgedacht wird, ob das Verlustgefühl angesichts des Endes der wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften insbesondere in den Diskursen der intellektuellen und kulturellen Eliten angemessen ausgeprägt ist.

Mittlerweile leben wir in einer anderen Gesellschaft. Für diese hat – prägnant, wie man es besser kaum machen konnte – Herr Breuer, einer der Vorgänger von Herrn Ackermann von der Deutschen Bank, das politische Programm formuliert. Ich zitiere: „Politik muss heute mehr denn je mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden. Offene Finanzmärkte erinnern die Politiker allerdings häufiger und bisweilen deutlicher an diese Zielsetzung als die Wähler dies vermögen. Wenn man so will, haben die Finanzmärkte quasi als fünfte Gewalt neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen. Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinne im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, wäre das so schlecht nicht.“ Das Zitat stammt nicht aus einem Geheim-Dossier der Deutschen Bank, sondern aus einem Artikel des Autors aus dem Jahre 2000 in der Wochenzeitung „Die Zeit“. Die Umsetzung dieses Programmes ist weitgehend gelungen. Und wenn Sie den Begriff Finanzmarkt durch Markt ersetzen, dann sind wir gemeinsam wohl dem auf der Spur, was der sozialstaatlich befriedeten Gesellschaft den Garaus gemacht hat: Die Etablierung der Imperative des (Finanz-)Marktes als dem dominanten Prinzip der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Logik dieses Prinzips wird in Charles Lindbloms prägnanter Formulierung „The Market as prison“ auf den Begriff gebracht. Der von seinen Regulierungen befreite Markt nimmt die sozialen Akteure wieder gefangen; er sanktioniert schneller, direkter und vor allen Dingen anonymter als alle anderen sozialen Sanktionsmechanismen dies könnten. Er missbilligt und bestraft unmittelbar, was als nicht-marktkonformes Verhalten entlarvt wird, und verändert so über Mechanismen, die nur schwer zu greifen sind, die Gesellschaft viel grundlegender, gnadenloser und subtiler, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Die Prozesse, die Marktdynamik und marktkonformes Verhalten in der Gesellschaft implementiert haben, sind bekannt. Ich will die wichtigsten Merkmale dieser neuen Marktgesellschaft nur kursorisch nennen:

- Ein Merkmal wird unter dem Begriff der Prekarisierung diskutiert. Prekarisierung bedeutet im Kern, wie der französische Soziologe Robert Castel es formuliert hat, die Rückkehr sozialer Unsicherheit in die Gesellschaft im Allgemeinen und in die Lohnabhängigenexistenz im Besonderen. Dies geschieht vor allem über die Ausbreitung ungeschützter, nicht mehr den Lebensstandard sichernder Erwerbsarbeit sowie den parallelen Um- und Rückbau der sozialen Sicherungssysteme. Diese Prekarisierung bezieht sich nicht nur auf die Arbeit, sie wirkt über ein sozialpolitisches Rollback bis in die familiären Strukturen hinein. Viele der Arbeitszeitmodelle, die von Frauen erkämpft wurden, um die tradierten Rollenzuweisungen wenigstens etwas aufzubrechen, werden durch den umfassenden, nur noch an den Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals ausgerichteten Zugriff der Unternehmen auf die Lebenszeit der Familienmitglieder wieder in Frage gestellt. So strukturiert sich der gesamte Reproduktionsbereich neu. Soziale Regressionen und Rückschritt mit Blick auf die Geschlechter-Beziehungen sind die Folge.
- Weitere Merkmale sind die Polarisierung und Segmentierung sozialer Lebenslagen. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen in Deutschland gewachsen. Ihre Spreizung ist so groß wie nie. Die Zahlen sind bekannt: Die

Reichsten 10 Prozent der Gesellschaft besitzen über 60 Prozent des Vermögens, während die unteren 50 Prozent der Bevölkerung kaum über Vermögen verfügen.

Eine solche Polarisierung und die damit einhergehende gesellschaftliche Segmentierung findet auch bei dem statt, was Bourdieu das *kulturelle Kapital* genannt hat. In kaum einem anderen Land des entwickelten Kapitalismus ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen so stark wie in Deutschland. Dabei geht es nicht zuletzt um kommunikative Kompetenz und Möglichkeiten. Studien belegen, dass der Zugang zu und die Kompetenz im Umgang mit den modernen, digitalen Informations- und Kommunikationstechniken sozial sehr ungleich verteilt sind. In diesem Zusammenhang wird zu Recht vielfach über die digitale Spaltung („digital divide“) diskutiert. Und nicht zuletzt liefert die moderne Stadtsoziologie Belege für soziale Segmentierungen in gesellschaftlichen Räumen. Die Segregationen, die sich in den Metropolen über die sogenannte Gentrifizierung vollziehen, reproduzieren in der Welt der Städte längst das Strukturprinzip der Gesellschaft insgesamt. Kurzum: Der Gegenwartskapitalismus beherbergt tief und vielfach gespaltene Gesellschaften.

- Das dritte Merkmal ist die permanente Demokratie-Beschädigung. Diesbezüglich gibt es viele Diskussionen. Am eindrucksvollsten finde ich nach wie vor die Beschreibung der Postdemokratie von Colin Crouch. Mir ist dabei folgender Aspekt besonders wichtig: Crouch weist darauf hin, dass die Beschädigung der Demokratie sich nicht am Zerfall der demokratischen Institutionen ablesen lässt. Diese bleiben weitgehend bestehen. Aber hinter der Kulisse intakter Institutionen blockieren der unkontrollierte Machtzuwachs der transnationalen Unternehmungen, die immer perfekteren Methoden der Spin-Doctors aus den politischen und kulturellen Institutionen und die - aus welchen Gründen auch immer - anwachsende Passivität der Bevölkerung demokratische Verfahren und Politikergebnisse. Mit anderen Worten: trotz intakter Institutionen läuft der demokratische Prozess vielfach vor die Wand.

Alles in allem zeitigen diese Entwicklungen fatale Folgen: Erstens befördern sie die Entkoppelung von Arbeit und Wohlfahrt. Dies erschüttert die Arbeitsgesellschaft im Zentrum und löst, um es vorsichtig zu sagen, Irritationen und Verschiebungen in der gesellschaftlichen Architektur aus, über die wir uns bis heute kein angemessenes Bild gemacht haben. Zweitens findet eine Entkoppelung von Wohlstand und Demokratie statt. Es gibt genügend Belege dafür, dass die hohe Zustimmung zur Demokratie in Deutschland auf einer profunden „Output-Legitimation“ beruhte. Gemeint ist damit, dass sich die demokratische Politik ihre hohe Zustimmung vor allem durch die guten Politikergebnisse in Form von materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit sichern konnte. Es gibt daher gute Gründe für die Befürchtung, dass mit dem Sinken des Wohlstandes und der Rückkehr sozialer Unsicherheit und Spaltungen auch die Gefahren für die Legitimation demokratischer Politik und die Anerkennung demokratischer Institutionen und Regeln wachsen. Die vielbeklagte Politikverdrossenheit und der auch in Deutschland sich ausbreitende Rechtspopulismus könnte sich als Sturmvogel einer nahenden Demokratiekrise erweisen.

### **Die zweifelhafte Karriere der Europäischen Union: vom Problemlöser zum Problemtreiber**

Meine zweite Behauptung lautet: Bisher stellte Europa bzw. das Modell der europäischen Einigung für die Linke einen Hoffungsanker dar, galt es als Problemlöser für viele Probleme, die in der nationalstaatlichen Arena nicht mehr gelöst werden können. Aber nach zwei Jahrzehnten neoliberaler Deformation wird dieses Europa in der Wahrnehmung der

Bevölkerung zwar als immer einflussreicher, aber, so befürchte ich, eher als Problemtreiber denn als Problemlöser empfunden. Dass es dafür leider durchaus Anhaltspunkte gibt, möchte ich kurz an zwei Punkten illustrieren:

- Es ist bekannt, dass Europa von Beginn an und strukturell unter einer Unterentwicklung des Politischen, des Sozialen und des Kulturellen und einer Über-Dominanz des Ökonomischen gelitten hat. Alle „großen Projekte“, die Europa nach vorangetrieben und geprägt haben, waren ökonomische Projekte. Diese Dominanz des Ökonomischen hat sich im Zuge der Bekämpfung der Finanzmarkt-Krise verstärkt. Durch die politischen Reaktionen auf die Krise des europäischen Finanzmarkt-Kapitalismus bildet sich schrittweise ein autoritäres Regime heraus, das darauf beruht, ökonomische Stabilität zu erhalten, indem es politische Demokratie opfert. Meine große Befürchtung ist, dass das institutionelle Regime, das auf europäischer Ebene mit Werkzeugen wie dem Fiskalpakt, dem „Six-Pack“ usw. zusammengezimmert wird, nicht nur ökonomisch nicht funktionieren kann und die soziale Verwerfung innerhalb der europäischen Gesellschaft weiter verschärfen wird, sondern dass es auch demokratiepolitisch ausgesprochen gefährlich ist. Und auch hier gestatten Sie mir ein Zitat aus berufenem Munde, von Herrn Jens Weidmann, dem Präsident der Deutschen Bank. Dieser hat erläutert, wie er sich den Fiskalpakt im Einzelnen vorstellt. Weidmann sagt: „Für den Fall, dass sich ein Land nicht an die Haushaltsregeln hält, ginge die nationale Souveränität automatisch in dem Maße auf die europäische Ebene über, dass dadurch die Einhaltung der Ziele gewährleistet werden kann. Denkbar wäre beispielsweise das Recht, Steuererhöhungen oder proportionale Ausgabenkürzungen vorzunehmen, und nicht bloß zu verlangen. In einem solchen Rahmen könnten Konsolidierungspfade durch die europäische Ebene sichergestellt werden, auch wenn sich hierfür keine Mehrheiten in den jeweiligen nationalen Parlamenten finden lassen.“

Was propagiert wird ist nichts anderes als der Versuch, neoliberale, an den Interessen der Geldwirtschaft orientierte Politik institutionell zu verewigen und sie gegen die Unwägbarkeiten demokratischer Mehrheits-Entscheidungen zu immunisieren. Deutlich wird, dass der „Imperialismus des (Finanz-)Marktes“ in alle Sphären der Politik und der Gesellschaft hineinwirkt. Deutlich wird, dass dieses Regime autoritärer Prekarität durch institutionelle Reformen errichtet wird und mitunter durchaus brachial daherkommt. Auf der anderen Seite, und das klingt bei Herrn Weidmann auch an, wirkt es aber durchaus subtil. Ich will in diesem Zusammenhang an das Buch über den „neuen Geist des Kapitalismus“ von Luc Boltanski und Eve Chiapello erinnern. Sie zeigen, wie der moderne Kapitalismus in der Lage ist, auch fundamentale Systemkritik in Legitimations- und Stabilitätsressourcen umzuwandeln, indem er dieser Kritik Hinweise auf systemgefährdende Defizite entnimmt und diese dann durch „pragmatische Reformen“ korrigiert. Die autoritären Interventionen von der europäischen Ebene, die weder demokratische Legitimität noch Wirksamkeit vorweisen können, kommen als Rettung der demokratischen Gesellschaften Europa und als demokratische Erweiterung der Kompetenzen der EU daher. Ein autoritärer Wolf im demokratischen Schafspelz.

- Diese Entwicklung verschärft die traditionellen Legitimationsprobleme der EU. Auch Europa hat sich in der Vergangenheit überwiegend „output-legitimiert“, also durch den Nutzen der europäischen Politik und des europäischen Binnenmarktes für die Menschen. Das gilt vor allem für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger. Dieser Nutzen lässt aber im Zuge der ökonomischen Krise und autoritärer Krisenpolitiken seit einiger Zeit nach. Und wenn es so weiter geht, dann wird Europa seine Output-Legitimation sukzessive einbüßen. Da die EU aber über keine andere Legitimationsquelle verfügt, droht sie in eine

veritable Legitimationskrise hineinzurennen. Die wird dann aber die ohnehin sehr schwierigen Aufgaben einer pro-europäischen Europa-Kritik und pro-europäischer Krisenlösungen weiter erschweren – oder gar gänzlich blockieren.

### **Das Ziel: Alter Wein in neuen Schläuchen**

Das ist meine große Befürchtung, die mich dann zu meiner dritten Behauptung führt. Diese lautet: Die Probleme, die es zu beklagen und zu bekämpfen gilt, sind nur zu korrigieren, wenn sich sowohl die deutsche als auch die europäische Entwicklung auf einen grundlegend anderen Pfad begibt. Und hier kommen wir dann zu den politischen Aufgaben, die auf die Linke in ganz Europa warten. Unverzichtbar ist es vor allem, Wegweiser für einen alternativen Entwicklungspfad aufzuzeigen und zu diskutieren; und aufzuzeigen, dass ein Pfadwechsel schwierig, aber möglich ist. Ich möchte drei solcher Wegweiser nennen, die mir mit Blick auf die nationalstaatliche Ebene besonders wichtig erscheinen:

Ich glaube, dass wir eine intensivere Diskussion darüber brauchen, wie das alte Sicherheits- und Solidaritäts-Versprechen des sozialdemokratisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates wieder auferstehen kann. Nicht in der alten Gestalt, wohl aber unter neuen Bedingungen einer transnationalen Ökonomie mit transnationalen politischen Entscheidungsprozessen und globalen Interessenlagen. Es geht also um den alten wohlfahrtsstaatlichen Wein in neuen, normativen und institutionellen Schläuchen. Alt mögen einige rechtliche Regelungen des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses und ihr ausschließlicher Zuschnitt auf die jeweilige „Spielart“ der nationalen Kapitalismen sein, aber top-aktuell ist das mitgelieferte Sicherheits- und Versorgungsniveau. Es braucht Normen, Rechte und Institutionen, in denen es sich erneuern kann, auch mit Blick auf die Erfordernisse eines transnationalen, europäischen Arbeitsmarktes. Das führt auf jeden Fall zur Diskussion über die Kriterien Guter Arbeit, im Sinne umfassend geschützter und mit demokratischen Rechten ausgestatteter Arbeit. Und es führt zu der Frage, wie ein neues Normalarbeitsverhältnis rechtlich ausgestaltet und abgesichert werden kann. Meiner Auffassung nach müsste es auf ein Modell hinauslaufen, in der Optionalität zur neuen Normalität avanciert - also ein Normalarbeitsverhältnis, das viel stärker als bisher den unterschiedlichen Lebensentwürfe und den damit einhergehenden Sicherheitsbedürfnisse durch eine neue Kombination aus Schutz und Freiräumen gerecht wird. Und dass nach unter gesichert ist, durch verbindliche Mindestlöhne und andere Sozialstandards.

Zweitens muss dies flankiert werden durch die Zusage eines akzeptablen sozialkulturellen Mindestsicherungs-Anspruchs für all diejenigen, die keine Ansprüche aus dem Erwerbssystem erwerben können oder aus gesellschaftlich akzeptablen Gründen wollen. Auch dies ist unverzichtbar, soll die De-Kommodifizierung der Arbeitskraft des traditionellen Wohlfahrtsstaates unter den neuen Bedingungen reaktiviert werden. Gerade in einem transnational geöffneten Arbeitsmarkt müssen Mindeststandards innerhalb wie außerhalb der Arbeit ineinandergreifen. Mit anderen Worten: Die Einwanderung (nicht nur, aber auch aus den südosteuropäischen Staaten) in den deutschen Arbeitsmarkt kann und sollte nicht blockiert werden. Aber sie muss in einen sozial regulierten Arbeitsmarkt stattfinden. Nur so können Dumping-Prozesse verhindert, kann die Zustimmung einer verängstigten deutschen Bevölkerung erzeugt werden. So entwürdigend es für die externen Arbeitsmarktmigranten ist, sich als Agenten der Unterbietung sozialstaatlicher Standards missbraucht und instrumentalisiert zu werden, so entwürdigend ist es für die einheimischen Arbeitskräfte, sich dieser Dumping-Konkurrenz gegenüber Mitgliedern der gleichen sozialen Klasse

erwehren zu müssen. Hier ist die zivilisatorische Kraft eines intervenierenden Wohlfahrtsregimes gefragt!

Drittens werden wir verstärkt über Wege der Demokratisierung der Wirtschaft diskutieren müssen. Wenn es zutrifft, dass der Imperialismus des Marktes auch und gerade in die Institutionen der demokratischen Politik eindringt und demokratische Verfahren blockiert, dann ist die Demokratisierung der Wirtschaft als eine Art Selbstverteidigungsstrategie der politischen Demokratie unverzichtbar. Es geht also darum, auch im Wirtschaftlichen und damit auch im Gesellschaftlichen den demokratischen Souverän wieder an die Stelle der Märkte zu setzen, bevor sich der Markt vollständig die Rolle des demokratischen Souveräns angemahnt und angeeignet hat.

### **Ein neuer Entwicklungspfad für Deutschland und Europa**

Ich komme zu meiner vierten Behauptung: Auch auf der europäischen Ebene bedarf es eines Pfadwechsels in der skizzierten Richtung. Ein politisches Programm dafür ist sicherlich anspruchsvoll. Wichtige Facetten lassen sich aber durchaus skizzieren:

Erstens wird Europa keine positive Zukunft erleben, wenn sich der Euro-Raum, ja die gesamte EU nicht auch als Transfer- und Ausgleichs-Union neu definiert. Europa wird unter einem finanziellen Dach mit so unterschiedlich starken Ökonomien keine solidarische Entwicklung hinbekommen, wenn es nicht, durchaus in Analogie zum Länderfinanz-Ausgleich in Deutschland, interne Finanz- und Wertschöpfungsausgleiche organisiert und legitimiert. Was ansteht, ist die Diskussion über die Ausgestaltung, aber vor allem die normative Begründung und Akzeptanzbeschaffung solcher Ausgleichs- und Solidarisierungsprozesse zwischen den Mitgliedsstaaten. Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Wichtige zu klärende Fragen dabei wären: Was sind die Aufgaben der Geberländer? Was sind Aufgaben und Rechte der Nehmerländer? Und wie soll das insgesamt organisiert werden?

Der zweite Punkt ergibt sich aus meiner Behauptung, dass sich die Europäische Union, vor allem Euro-Land, auf dem Weg in einen neuen Autoritarismus befindet. Das ruft natürlich Fragen nach abwehrenden demokratischen Widerstandsstrategien und nach offensiven Strategien der Demokratisierung des europäischen Institutionen-Systems hervor. Hier muss ich gestehen, dass ich die Lektüre der politikwissenschaftlichen Studien über Politikverflechtungsfallen und andere Demokratisierungshürden als sehr realistisch, aber auch ziemlich entmutigend empfand. Und trotzdem bin ich der Überzeugung, dass vor allem die Diskussion über die Ergänzung der europäischen Regeln durch Elementen der direkten Demokratie in die richtige Richtung führt. Es geht etwa um das Recht auf europaweite Volksabstimmungen bei europäischen Weichenstellungs-Entscheidungen. Ansätze sind im europäischen Primärrecht längst enthalten. Aber diese führen ein kümmerliches politisches Dasein. Solange wir aber über kein Konzept der umfassenden demokratischen Reformen des repräsentativen Institutionen-Systems verfügen, gehören mehr Möglichkeiten der direkten Partizipation auf die politische Agenda der europäischen Linken.

Auch hier gilt es zwei Fallen zu meiden. Erstens leiden Plebiszite darunter, dass sie diejenigen, die an den parlamentarischen Wahlen und damit an einem gewichtigen Teil des demokratischen Prozesses nicht teilnehmen, in der Regel auch vergessen. Es braucht also begleitende Maßnahmen der demokratischen Aktivierung der Bevölkerung, im Sinne der Aktivierung von Debatten, öffentlichem Streit und gesellschaftlicher Werbung für ein anderes Europa. Damit verknüpft braucht es, zweitens, die öffentlich organisierte, diskursive

Bearbeitung der Probleme, die zur Abstimmung gestellt werden sollen. Dabei wird die Kunst darin bestehen, komplexe gesellschaftliche Probleme in binäre Ja-Nein-Alternativen zu übersetzen, um sie plebiszitären Verfahren zugänglich zu machen. Ein positiver Kollateralnutzen könnte in der Förderung dessen bestehen, was wir alle so vermissen: eine veritable europäische Öffentlichkeit. Und zugleich könnte somit der Raum für die Entstehung dessen geschaffen werden, was Gegenstand meiner letzten Behauptung sein soll: ein progressiver gesellschaftlicher Akteur als Protagonist einer gesellschaftlichen Transformationsperspektive.

### **Für eine heterogene Mosaik-Linke**

Meine abschließende Behauptung lautet also: Die Linke muss sich wieder zutrauen, über soziale Subjekte der Gesellschaftsveränderung zu diskutieren. Dazu muss sie sich zunächst eingestehen, dass es keine subjektlose Veränderung der Gesellschaft, keine „unsichtbare Hand“ progressiver Transformationen gibt. Wenn es aber keine akteursfreien Systeme gibt, die auf Grund einer binären oder sonstigen Codierung in die richtige Richtung laufen, sondern wenn das, was geschehen soll, getan werden muss, dann braucht es gesellschaftliche und politische Akteure.

Die Suche nach solchen Transformationsakteuren ist Vielen unter uns ein wenig vergällt. Bis heute wirken hier die Fehlorientierungen aus der Geschichte der Linken nach. Das gilt für die überschwänglichen Projektionen der traditionellen Arbeiterbewegung auf eine vermeintliche Avantgarde als Führungselite eines historisch privilegierten Subjektes, nämlich der Arbeiterklasse. Aber es wirken auch die enttäuschten Hoffnungen mit dem Subjekt der Neuen sozialen Bewegungen, der Ökologie-, der Friedens- und auch der Frauenbewegungen nach; und nicht zuletzt sind die Enttäuschungen über die vermeintlich produktive, führende Rolle der Intellektuellen nicht verblasst. Alles das sind entmutigende Relikte, die wir im historischen Hinterkopf haben müssen, wenn wir die Debatte über ein zeitgemäßes Subjekt der Transformation der gegenwärtigen Verhältnisse führen.

Aber, wir müssen sie führen. Ich habe in diesem Zusammenhang den Begriff einer „Mosaik-Linken“ ins Spiel gebracht. Ein Mosaik ist ein Kunstwerk, das Resultat menschlichen Handelns. Es entsteht nicht von alleine, es kostet Anstrengungen und Phantasie. Aber es ist ein Künstlerwerk, das sichtbar aus unterschiedlichen Mosaiksteinen besteht, die als Einzelemente erkennbar bleiben. Und doch entfaltet das Werk seine Ästhetik nur als „Gesamt-Kunstwerk“. Angelehnt an diese Metapher entstünde eine Mosaik-Linke nicht als ein politisches Bündnis im traditionellen Sinne, mit einer Avantgarde und vielen Folgenden. Es sollte keine privilegierten, keine die Anmutung des Gesamtwerkes dominierenden Steine im Mosaik geben. Die Mosaiklinke muss akzeptieren, dass auch kapitalistische Gesellschaften ausdifferenzierte Gesellschaften sind und kein Akteur das umfassende Wissen aus allen gesellschaftlichen Subsystemen für sich reklamieren kann; sondern dass sachgerechte Lösungsstrategien nur in Kooperationen und Diskussionen gemeinsam erarbeitet und in Politik umgesetzt werden können. Die Mosaik-Linke kann also nur existieren, wenn sie auf einer Kultur der wechselseitigen Anerkennung der jeweiligen Organisationstraditionen beruht, die in kollektiven Verständigungsprozessen bearbeitet und für die Vielfalt der inneren politischen Kultur nutzbar gemacht werden.

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin nicht nur Gewerkschafter, sondern auch Mitglied bei Attac. Ich habe in den letzten Jahren beim Versuch, Gemeinsamkeiten zwischen beiden Welten auszuloten, immer wieder erlebt, wie ich als organisationsgestählter Gewerkschafter

an den fließenden Strukturen einer NGO verzweifelt bin, da ich keinen Repräsentanten fand, der mir Verbindlichkeit zusicherte über das, worauf wir uns gerade verständigt hatten. Zugleich sah ich oftmals in den Augen der „Attacis“ ihre Verzweiflung, wenn sie mit mir verhandelten und ich ihnen mitteilte, „Ich kann Euch das nicht zusagen, ich muss das erst in meinen Gremien durchbringen“. Was es bedeutet, trotzdem immer wieder Kooperations-Bemühungen anzustrengen und diese durchzuhalten, lässt sich wohl denken. Und es wird einsichtig: Toleranz und wechselseitige Anerkennung der Mechanismen von Diskurs und disparater Entscheidungsfindung dürften die Schlüsselressource einer handlungs- und gesellschaftlich interventionsfähigen Mosaiklinken sein.

### **Schlussbemerkung**

Ich komme zum Schluss. Mir ist bewusst: Die skizzierten Aufgaben und Herausforderungen sind übergroß. Und die Macht- und Privilegienverhältnisse im Gegenwartskapitalismus machen die Dinge nicht einfacher. Sie wirken nicht als Ressourcen, sondern als Restriktionen einer problemlösenden Politik. Ob diese Herkulesaufgaben überhaupt zu bewältigen sind, weiß niemand. Ich behaupte allerdings, dass es ohne eine Rückbesinnung auf die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen von aufgeklärtem politischem Handeln gewiss nicht gelingen wird. Und über diese Voraussetzungen zu reden muss wieder heißen, über den Kapitalismus zu reden. Somit avanciert die Wiederentdeckung des Kapitalismus als Kapitalismus - Kantianisch gesprochen - zur Bedingung der Möglichkeit guter Erkenntnis und guter gesellschaftlicher Praxis, und so kommt dann Immanuel Kant doch wieder ins Spiel.

Ich weiß nicht, ob das alles gelingen kann und ich selbst bin gehörig skeptisch. Deswegen möchte ich schließen mit einem entsprechenden Zitat. Es stammt nicht von Kant, sondern von Antonio Gramsci, dem italienischen Marxisten, der in seinen Gefängnisheften und in Anlehnung an Romain Rolland gesagt hat: „Jeder Zusammenbruch bringt intellektuelle und moralische Unordnung mit sich, man muss nüchterne und geduldige Leute schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken, die sich aber auch nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“

Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens. Ernüchterung und Ermutigung zugleich. Eine brillante Kombination, die wie maßgeschneidert in unsere Debatte um eine neue Aufklärung als Bedingung der Möglichkeit einer besseren Zukunft passt.